

24

14. November 2005

# medien heft

---

## UNO-Weltgipfel in Tunis

### Editorial

Zwei Jahre ist es her, seit die UN-Mitgliedstaaten am ersten Gipfel zur Informationsgesellschaft nach vielen Debatten und zähen Nachverhandlungen zwei Dokumente verabschieden konnten: eine Grundsatzerklärung und einen Aktionsplan. Die Schweiz, damals erst seit kurzem voller Mitgliedstaat der UNO, war Gastgeberland und hat entscheidend an der erfolgreichen Durchführung der ersten Phase des "World Summit on the Information Society" (WSIS) in Genf 2003 mitgewirkt. Nun tritt der WSIS in seine zweite Phase, wo es vorwiegend um die Finanzierung und Umsetzung der Programme geht. Dabei wird sich zeigen, ob der zum Teil minimale Konsens über die Ausgestaltung einer weltweiten Informationsgesellschaft und die Teilhabe aller an den Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auch die nötige finanzielle und politische Unterstützung erfährt. Zugleich steht der Gipfel in Tunis unter einem anderen Stern als in Genf: Grundlegende bürgerliche Freiheiten wie das Recht auf freie Informationsbeschaffung und Meinungsäusserung sind in diesem Gastgeberland nicht gewährleistet. Und bereits die Vorbereitungskonferenzen wurden wiederholt von Berichten über Menschenrechtsverletzungen in Tunesien überschattet. Gleichzeitig steht Tunesien damit nicht alleine da. Vielmehr rückt ins Bewusstsein, dass es in vielen UN-Mitgliedstaaten für eine Informationsgesellschaft an den basalen Rahmenbedingungen fehlt. Die Zivilgesellschaft hatte gut daran getan, bei der Ausarbeitung der Grundsatzerklärung während der ersten Phase des WSIS auf einen Artikel für die Medien- und Kommunikationsfreiheit zu pochen. Sie wird sich in Tunis darauf berufen müssen.

---

### Impressum

Medienheft (vormals ZOOM K&M), ISSN 1424-4594

Herausgeber: Katholischer Mediendienst, Charles Martig; Reformierte Medien, Urs Meier

Redaktion: Judith Arnold, Adresse: Medienheft, Badenerstrasse 69, Postfach, CH-8026 Zürich

Telefon: +41 44 299 33 11, Fax: +41 44 299 33 91, E-Mail: [redaktion@medienheft.ch](mailto:redaktion@medienheft.ch), Internet: [www.medienheft.ch](http://www.medienheft.ch)

kostenloser Bezug via Internet oder Mailingliste; Bezug der Medienheft Dossiers (zwei Ausgaben pro Jahr) im Abonnement inkl. Versand und exkl. MwSt. SFr. 30.-- (Ausland SFr. 35.--)

Es war von Anfang an umstritten, den "World Summit on the Information Society" (WSIS) in Tunis zu veranstalten. Dabei wurde die Idee, einen UNO-Gipfel zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Neuen Medien durchzuführen, von tunesischen Delegierten an einer ITU-Konferenz 1998 vorgeschlagen. Der Entschluss, den Gipfel in zwei Phasen zu veranstalten, fiel 2001, gleichzeitig mit der Ernennung der Gastgeberländer Schweiz und Tunesien. Damit war auch vorgezeichnet, dass die Diskussionen an diesen beiden Standorten einen ganz anderen Charakter haben würden. War in der hochentwickelten Schweiz noch das gesellschaftliche Entwicklungspotential der Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) vordergründig, so geht es im Schwellenland Tunesien um die harzige Umsetzung und Finanzierung der 2003 verabschiedeten Aktionsprogramme. Gleichzeitig rückt ein Problem in den Vordergrund, das in vielen UN-Mitgliedstaaten virulent ist: die Einschränkung der Informations- und Meinungsäusserungsfreiheit. Die Zivilgesellschaft in Tunesien wird nicht müde, auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land hinzuweisen und nutzt das Umfeld des WSIS, um mit einem Gegengipfel für ihre Rechte zu kämpfen. Sihem Bensedrine, Chefredaktorin einer tunesischen Online-Zeitung und Menschenrechtsaktivistin in Tunesien, berichtet über die problematische Lage im Vorfeld des Gipfels und über die Schwierigkeiten der zivilgesellschaftlichen Organisationen, am WSIS teilzuhaben.

Die Schweiz, die als Gastgeberland der ersten Phase des WSIS eine führende Rolle eingenommen hat und viele Impulse in den Prozess einbringen konnte, fühlt sich dem diesjährigen Gastgeberland Tunesien verpflichtet, am Gipfel für die Menschenrechte einzustehen. Dabei beschäftigt auch die Frage, inwiefern die neuen Informations- und Kommunikationsmedien ein demokratisierendes Potential bergen. Die Schweizer Delegation vertritt den Standpunkt, dass eine offenere Kommunikation zur Liberalisierung und Demokratisierung autoritärer Systeme beitragen kann. Das kaum kontrollierbare Internet ist ein gutes Beispiel dafür, wie eine internationale Vernetzung nationale Grenzen durchbricht. Gleichzeitig stellen sich dadurch grosse Anforderungen an die Internet Governance, denn die Einflussversuche staatlicher Interessen sind entsprechend hoch. Wie schon in Genf will sich die Schweiz auch in der zweiten Phase des WSIS in Tunis aktiv für die Ausgestaltung und die Teilhabe aller an den Möglichkeiten der Informationsgesellschaft einsetzen. So besteht zeitgemässe Entwicklungshilfe beispielsweise auch darin, in abgelegenen Regionen den Anschluss an die Kommunikationsnetze zu gewährleisten. Vordringlich wird hier die Frage der Finanzierung, denn der digitale Graben ist vor allem ein Armutsgaben. Marc Furrer, Präsident der ComCom, nimmt als Vertreter der offiziellen Delegation Stellung zur Position der Schweiz.

Ein politisches Novum stellt die Auflage von UNO-Generalsekretär Kofi Annan dar, in den Prozess des WSIS nicht nur die Regierungen der Mitgliedstaaten, sondern auch Vertreter der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft einzubeziehen. Denn in der Informationsgesellschaft nehmen die Massenmedien wie auch die Unternehmens- und die Individualkommunikation einen zentralen Stellenwert ein und sind bestenfalls von staatlicher Kontrolle unabhängig. Es ist also nur folgerichtig, wenn die Diskussion über die gesellschaftlichen Aspekte der ICT alle relevanten Akteure miteinschliesst. Dieser "Multi-Stakeholder Approach" hat im Vorfeld des WSIS in der Schweiz wie auch andersorts zur Formierung von zivilgesellschaftlichen Gruppen geführt. Konkret schlossen sich die kirchlichen Hilfswerke, die Mediengewerkschaften und weitere Organisationen wie "Amnesty International" zur Comunica-ch, der "Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft", zusammen. Hatte jedoch die Comunica-ch während der ersten Phase des WSIS noch Vertreter in der offiziellen Schweizer Delegation, so nimmt sie in der zweiten Phase lediglich eine beratende Funktion ein. Dennoch dürften auch in diesem Jahr wichtige Impulse von der Zivilgesellschaft ausgehen, immerhin konnte sie in Genf die Aufnahme eines "Medienartikels" in die Grundsatzerklärung erwirken.

Doch nicht nur im Prozess des WSIS ist Comunica-ch aktiv. Auch bei der Revision des Strategiepapiers für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz hat sie mitgewirkt. Wie sich allerdings zeigte, funktionierte die Zusammenarbeit der "Stakeholder" auf nationaler Ebene weniger gut als im Prozess des WSIS und verlief aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Akteure unbefriedigend. Zu viel Pragmatismus, zu wenig Vision – und vor allem keine Eile. Denn der neue Entwurf, der die Strategie des Bundesrats von 1998 ersetzen sollte und zuerst im September, dann im Oktober für die Diskussion im Bundesrat vorgesehen war, wartet noch immer auf seine Verabschiedung. Wolf Ludwig, Zentralsekretär der Mediengewerkschaft comedia und Co-Präsident von Comunica-ch, gibt Einblick in die Erarbeitung der Schweizer Strategie. Ein Kritikpunkt ist, dass der Staat, der die Informationsgesellschaft durch förderliche Rahmenbedingungen ermöglichen soll, sich zu stark zurückgehalten und zu viel dem freien Markt überlassen hat. Dabei ist die Wirtschaft sowohl in der Informationsgesellschaft Schweiz wie auch im Prozess des WSIS eher im Hintergrund geblieben.

Es handelt sich hier um eine grundsätzliche Frage: Wie viel Regulierung und wie viel Markt braucht es für den Aufbau, den Unterhalt und die allgemein zugängliche Nutzung von Kommunikationsstrukturen? Und wo liegt die Grenze zwischen Ermöglichung und Kontrolle? Dieser Grundkonflikt besteht nicht nur in autoritären Ländern, sondern auch in vermeintlich liberalen Staaten wie den USA. Diese setzen sich derzeit vehement dafür ein, dass die technisch-administrative Verwaltung der Internet-Kernressourcen bei der privaten "Internet Corporation for Assigned Names and Numbers" (ICANN) in Kalifornien verbleibt. Diese steht unter amerikanischem Recht und unter der Aufsicht des "US-Department of Commerce" (DOC). Zu viel amerikanische Kontrolle, sind viele UN-Mitgliedstaaten der Ansicht – vor allem jene, die das grenzüberschreitende Internet stärker kontrollieren möchten. Dabei sind die USA selbst keine Musterknaben in Sachen Medienfreiheit. Nach den fragwürdigen Argumenten für den "Präventivschlag" im Irak und der tendenziösen Kriegsberichterstattung eines "embedded journalism" folgen nun Meldungen über Korruption, Repression und Bestechung von Medienschaffenden, wie Reporterin Gerti Schön aus New York berichtet.

Ob also die Vereinigten Staaten als Wiege des Internets schon deshalb als quasi natürlicher Garant für die Unabhängigkeit des Internets gelten können, darf mit Grund bezweifelt werden. Tatsächlich aber sind die Kontrollmöglichkeiten über den Cyberspace begrenzt und seine Ressourcen, anders als jene des Industriezeitalters, unbeschränkt. Sie lassen sich nicht besitzen und konstituieren daher keine Machtposition im traditionellen Sinn. Gleichwohl ist von einer unilateralen Kontrolle der Internet-Kernressourcen abzusehen und stattdessen eine multilaterale Aufsicht in Erwägung zu ziehen. Und da Internet Governance nicht ausschliesslich politische Bereiche umfasst, sondern auch technische, wirtschaftliche und zivile Aspekte tangiert, sollte dieser Multilateralismus nicht auf die Regierungen beschränkt bleiben, sondern auch den Privatsektor und die Zivilgesellschaft einbeziehen. Eine abschliessende Lösung kann die von UNO-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzte "Working Group on Internet Governance" (WGIG) nicht vorlegen. Stattdessen stellt sie gemäss Wolfgang Kleinwächter, Professor für internationale Kommunikationspolitik und Mitglied der WGIG, vier verschiedene Modelle zur Diskussion. Diese reichen von der Entlassung der ICANN in den freien Markt und einer "Public Privat Partnership" über die Ersetzung der amerikanischen Regierungsaufsicht durch einen internationalen "Regierungsrat" bis hin zum Einbezug aller Stakeholder in einem globalen Internet Forum. Welches Modell am meisten Zustimmung findet, muss sich am WSIS erweisen – und mit einiger Wahrscheinlichkeit darüber hinaus.

Judith Arnold